



**Gunnar  
Wälzholz**

Osteuropa-Institut  
der Freien Universität Berlin  
**Arbeitspapiere des Bereichs Politik  
und Gesellschaft**

---

## **Nationalismus in der Sowjetunion**

**Entstehungsbedingungen und Bedeutung  
nationaler Eliten**

---

Heft 8/1997

© 1997 by Gunnar Wälzholz  
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin  
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft  
(Hg.): Klaus Segbers

ISSN 0067 – 5873

1 EINLEITUNG	5
2 DIE NATION ALS SOZIALE KONSTRUKTION	7
3 NATIONALE ELITENBILDUNG IN DER SOWJETUNION	9
3.1 Die föderale Struktur der Sowjetunion: nationale Gebietskörperschaften als Kristallisationskerne späterer Nationalitätenkonflikte	11
3.2 Kaderrekrutierung nach Nationalitätenproporz	13
3.3 Sowjetische Bildungs- und Sprachenpolitik: Formierung nationaler Eliten	15
3.4 Zwischenergebnis	18
4 NATIONALISMUS ALS INSTRUMENT SOZIALER MOBILISIERUNG	19
5 SCHLUßFOLGERUNGEN	25
6 LITERATURVERZEICHNIS	27

# 1 Einleitung

Der Zusammenbruch der Sowjetunion war begleitet von einem rasanten Anstieg der Zahl ethno-territorialer Konflikte, der sich auch nach der Gründung der GUS fortsetzte. Wurden im März 1991 76 solcher Konflikte in der UdSSR gezählt, so waren es Ende desselben Jahres schon 156 Streitigkeiten, die sowohl Territorialansprüche als auch Autonomie- und Sezessionsbestrebungen einschlossen. Im März 1992 wurden auf dem Gebiet der GUS 180 Konflikte registriert.<sup>1</sup> Diese Entwicklung wirft zwei nicht gänzlich voneinander zu trennende Fragen auf, die den allgemeinen analyseleitenden Rahmen dieser Arbeit bilden: Inwieweit kann der Faktor Nationalismus zur Erklärung des Zusammenbruchs der Sowjetunion beitragen? Welche Bedeutung kommt ihm bei der Transformation postsozialistischer Systeme zu? Hebt die erste Frage auf die Ursachen des Systemwandels selbst ab, so zielt die zweite weiterführend auf die Bedingungen erfolgreicher Transformation, genauer: auf die Funktion<sup>2</sup> des Nationalismus beim Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen in den osteuropäischen Umbruchgesellschaften.

Der limitierte Umfang dieser Arbeit verlangt allerdings eine Eingrenzung der hier aufgeworfenen Problematik. Ihre Komplexität ergibt sich bereits aus den vielfältigen Erscheinungsformen nationalistischer Bewegungen auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, die die Allgemeingültigkeit gängiger Nationalismustheorien in Frage zu stellen scheinen. Wie etwa lassen sich so unterschiedliche Phänomene erklären wie der Separatismus peripherer Unionsrepubliken (Baltikum, Georgien) oder aber ethnische Konflikte, wie sie sich in der Verfolgung von Minderheiten äußern (heterophober Nationalismus, z.B. in Zentralasien), und schließlich die imperialistischen bzw. isolationistischen Strömungen des russischen Nationalismus?<sup>3</sup> Diese Diversität macht eine Klärung der hier verwendeten Begriffe von Nation und Nationalismus erforderlich. Eine bloße Definition dessen, was wir unter Nationalismus verstehen, behebt allerdings noch nicht das Erfordernis einer integrativen Nationalismustheorie. Angesichts der offensichtlichen Vielfalt der Ursachen und Erscheinungsformen nationalistischer Bewegungen in der früheren Sowjetunion muß wohl eher von Nationalismen als von Nationalismus gesprochen werden, denen man in ihrer Gesamtheit nur mit Hilfe von mehreren komplementären Theorien gerecht werden kann.<sup>4</sup> Aber auch eine vergleichende Analyse (und eventuelle Synthese) der heute vorherrschenden Nationalismustheorien kann kaum zu einer Antwort auf die beiden eingangs aufgeworfenen Fragen beitragen, da sich die jeweiligen Ansätze in der Regel mit den strukturellen Voraussetzungen für die historische Nationalismusgenese befassen, weniger aber mit den konkreten Bedingungen, welche den latent bereits vorhandenen nationalistischen Strömungen zu neuer Blüte verholfen haben. Angesichts der Ereignisse in Osteuropa steht die Nationalismusforschung also vor der Herausforderung einer Akzentverschiebung von den Entstehungsbedingungen des Nationalismus zur Frage nach den Faktoren, die die Intensität seines Hervortretens gegenüber anderen sozialen Prozessen bestimmen.

---

<sup>1</sup> Saizew 1992, 6.

<sup>2</sup> Der Begriff *Funktion* wird hier gänzlich neutral verstanden, d.h. er schließt sowohl förderliche als auch hinderliche Impulse des Nationalismus für den gesellschaftlichen Wandel ein.

<sup>3</sup> Zaslavsky 1991, 34 ff.

<sup>4</sup> Hall 1995.

Im folgenden soll deshalb untersucht werden, warum die latent mehr oder weniger bereits vorhandenen ethno-nationalen Kollektividentitäten im Endstadium der Sowjetunion eine solche Eigendynamik erhielten und das Auseinanderbrechen des Imperiums sowie die weitere politische Entwicklung in den davon betroffenen Regionen entscheidend mitbestimmt haben. Es wird von der Hypothese ausgegangen, daß die diversen Nationalbewegungen insbesondere das Ergebnis sozialer Mobilisierungen durch regionale Eliten gewesen sind, die hierin eine Möglichkeit des Machtgewinns oder -erhalts sahen und dabei von den strukturellen Bedingungen, die durch die sowjetische Nationalitätenpolitik geschaffen worden waren, profitieren konnten. Dieser Annahme liegt ein Verständnis der Nation als soziales Konstrukt zugrunde, dessen Entsehungsbedingungen Ernest Gellners Nationalismustheorie zu erklären versucht (erstes Kapitel).

Für die Wahl einer solchen Akteursperspektive sprechen vornehmlich zwei Gründe. Erstens ist die Umverteilung von Macht und Eigentum der zentrale Gegenstand des Transformationsprozesses, zumindest aus der Perspektive der betroffenen Interessengruppen. Wenn es zutrifft, daß der Einfluß von Eliten hierbei weniger von ihrem offiziellen Status abhängt als von ihrer Fähigkeit, Ressourcen zu mobilisieren<sup>5</sup>, ist anzunehmen, daß sich regionale Führer nicht zuletzt auch nationalistischer Formeln bedienen, um die für sie erforderliche Unterstützung aus der Bevölkerung zu erlangen bzw. sich mittels der ideologisch bedingten (ethnischen) Ausgrenzungsmechanismen ihrer Konkurrenten zu entledigen. Welche Akteursgruppen unter den hier verwendeten Elitenbegriff fallen, kann wegen der Vielfalt der Fälle an dieser Stelle nicht im einzelnen bestimmt werden. Wir müssen uns daher auf den sehr allgemeinen Begriff der Machtelite beschränken, deren Hauptmerkmal ihr Vermögen ist, eigene Interessen auch gegen den Widerstand anderer zu realisieren. In Abgrenzung zum Begriff der Funktionselite werden also die Bedeutung der Zugehörigkeit zu einem bestimmten gesellschaftlichen Funktionskomplex (wie Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft etc.) oder die individuelle Position in der jeweiligen Hierarchie der gesellschaftlichen Subsysteme als zweitrangig angesehen. Immerhin wird im folgenden noch deutlich werden, daß das Hauptaugenmerk auf die Angehörigen der Intelligenzija in den Peripherien zu richten ist.

Der zweite Grund, warum das Verhalten regionaler Eliten als erklärende Variable für die Analyse nationalistischer Bewegungen herangezogen werden soll, ist die dadurch eröffnete Möglichkeit, die unterschiedlichen Nationalismusphänomene in der ehemaligen Sowjetunion miteinander vergleichbar zu machen. Denn bei aller Verschiedenheit etwa des gesellschaftlichen Modernisierungsgrads - einem zentralen Kriterium in der Nationalismusforschung - ist ihnen eines gemeinsam: alle in Frage kommenden Regionen verfügen über eine gebildete Führungsschicht. Inwieweit diese nationalen Eliten das Produkt der sowjetischen Nationalitätenpolitik sind, soll im zweiten Kapitel erörtert werden.

Im dritten Abschnitt sollen dann Theorien diskutiert werden, die den Zusammenhang zwischen Elitenverhalten und Nationalismus erhellen. Die dabei zu berücksichtigenden Ansätze, die zur Erklärung sowohl individueller Entscheidungspräferenzen als auch der

---

<sup>5</sup> Gel'man 1995, 18 ff.

Prozesse sozialer Mobilisierung beitragen sollen, sind vor allem der *rational-choice*-Literatur zuzuordnen.<sup>6</sup>

Zwei Vorbehalte sollen vorweg die Grenzen dieser Arbeit aufweisen. Erstens ist wegen der Vielzahl der Fälle nicht nur eine genaue Definition der Analyseinheiten (die regionalen Machteliten) schwierig, sondern auch die Bestimmung eines methodologisch gebotenen „common level of magnitude“<sup>7</sup> der gewählten Analyseebene. Was hier allgemein mit Regionalebene umschrieben wird, stellt sich bei näherer Betrachtung rasch als grobe Simplifizierung einer Vielzahl unterschiedlicher Fälle dar, die sich nicht allein aus der komplizierten Ordnung von hierarchischen Gebietskörperschaften in der früheren Sowjetunion ergibt, sondern vor allem aus der Tatsache, daß sich die meisten nationalistischen Bewegungen gerade nicht mit der bestehenden Territorialordnung zufriedenstellen und die Legitimität bestehender Grenzen bestreiten.<sup>8</sup> Die Offenheit des Begriffs „Region“ muß an dieser Stelle allerdings hingenommen werden, wenn der ganzen Bandbreite von Nationalitätenkonflikten (Sezessions- bzw. Autonomieforderungen, Grenzdispute, Irredentismus etc.) Rechnung getragen werden soll. Dies erscheint umso mehr gerechtfertigt, als in der Analyse das Augenmerk auf die Instrumentalisierung von wie auch immer gearteten nationalistischen Forderungen gerichtet werden soll, nicht aber auf die Natur der Gebietsansprüche als solche. Den gemeinsamen Nenner der in Betracht gezogenen Regionen stellt ihr Abhängigkeitsstrukturen begründender Peripheriestatus gegenüber übergeordneten Gebietskörperschaften und vor allem dem Zentralstaat dar. Nicht die wie auch immer zu definierende substantielle Qualität von Regionen, sondern die Machtverhältnisse im Sinne von Zentrum-Peripherie-Beziehungen sind, wie gezeigt werden wird, bei der Entstehung von Nationalbewegungen entscheidend.<sup>9</sup>

Der zweite Vorbehalt richtet sich gegen die geringe empirische Untermauerung der nachfolgend angestellten Überlegungen. Diese stellen lediglich einen ersten Konzeptualisierungsversuch dar. Auf die Vielzahl der hiervon berührten Fälle einigermaßen erschöpfend einzugehen, würde den engen Rahmen dieser Arbeit sprengen. Die folgenden Erörterungen zielen also darauf ab, einen allgemeinen, mitunter hypothetischen Rahmen für vertiefende Fallstudien zu schaffen.

## **2 Die Nation als soziale Konstruktion**

Die Ansicht, daß es sich bei der Nation um ein Konzept der Moderne handelt, hat sich in den Sozialwissenschaften weitgehend durchgesetzt. Unbestritten ist die Einordnung des Nationalismus als ideengeschichtlich junges Phänomen, das als politische Forderung nach der Einheit von politischen und kulturellen Grenzen zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Europa seine Verbreitung fand. In der Frage nach der Gewichtung der Faktoren, die zur Entstehung

---

<sup>6</sup> Daß zur Erklärung von Nationalismus auch Theorien sozialer Identität herangezogen werden müssen, wird nicht bestritten, doch werden die sozialpsychologischen Ursachen von Gruppenbildungsprozessen von der hier aufgeworfenen Fragestellung nicht berührt.

<sup>7</sup> De Spiegeleire 1995, 59 ff.

<sup>8</sup> 1995 wurden fast 280 Territorialforderungen gezählt; vgl. Strelezki 1995.

<sup>9</sup> Zur Akteursqualität von Regionen unterschiedlichen Status' und ihren Beziehungen zueinander in einem Zentrum-Peripherie-System vgl. Bremmer 1993, 12 ff.

und Ausbreitung des Nationalismus geführt haben, gehen die Meinungen aber weiterhin auseinander.

Die historische Bedingtheit des Nationalismus ist vor allem von Ernest Gellner erkannt worden. Die Nation ist als soziale Konstruktion („*nations maketh man*“) das Ergebnis der gegenseitigen Anerkennung der Mitglieder einer sozialen Gruppe als solche.<sup>10</sup> Diese voluntaristische Definition wird ergänzt durch den Zusatz, daß ihre Angehörigen dieselbe, vor allem sprachlich definierte Kultur teilen. Gellner kann jedoch nicht der Vorwurf eines empirisch unhaltbaren kulturalistischen Verständnisses der Nation gemacht werden, wonach diese auf eindeutig zu bestimmenden, klar nach außen abgrenzbaren und überzeitlichen Eigenschaften beruhe, die durch den Nationalismus lediglich „erweckt“ würden. Der Autor betont allein die Notwendigkeit der kulturellen Gemeinsamkeiten unabhängig davon, welchen Ursprungs sie sind: „The cultures it [= nationalism] claims to defend and revive are often its own inventions, or are modified out of all recognition“<sup>11</sup>. Diese Feststellung ist wichtig, zeigt sie doch, wie unsinnig es wäre, nach der „Legitimität“ einer Nationalbewegung in der ehemaligen Sowjetunion auf Grundlage objektivistischer Kriterien wie das der historischen „Kontinuität“ zu fragen.

Nationalismus entspringt, so Gellner, der Logik der Industrialisierung, die nach der Schaffung einer Hochkultur verlangt: einer durch das staatliche Bildungswesen für die Erfordernisse präziser bürokratischer und technologischer Kommunikation standardisierten Kultur. In dieser funktionalistischen Sichtweise kann Kultur im Sinne von Clifford Geertz als ein *Code* verstanden werden, der die Verständigung innerhalb einer sozialen Gruppe ermöglicht.<sup>12</sup> Wenn die klar definierte, durch Ausbildung sanktionierte und vereinheitlichte Hochkultur die Gesamtbevölkerung und nicht mehr nur die Minderheiten der Elite durchdringt, bildet sie bald die umfassendste Art Einheit, mit der sich Menschen identifizieren. Die Kultur wird unter diesen Bedingungen als Lagerstätte politischer Legitimität erkannt, wogegen die lokalen Besonderheiten sich in den nationalen ökonomischen Austauschprozessen zunehmend als dysfunktional erweisen und verschwinden. Die Stärke von Gellners Theorie liegt darin, die sozialen Mechanismen aufzuzeigen, die die Entstehung des Nationalismus erklären, der seinerseits die Nation erst erschafft: „nationalism is not the awakening of nations to self-consciousness; it invents nations where they do not exist“.<sup>13</sup> Die Betonung des imaginierten Charakters der Nation ist auch für das Verständnis seiner Erscheinungsformen im postsowjetischen Raum von zentraler Bedeutung.

Hinsichtlich der konkreten Bedingungen, die zur Entwicklung eines Nationalbewußtseins führen, ist der Erklärungswert dieses Modells allerdings begrenzt, beschränkt es sich doch auf die historisch und geographisch spezifischen Bedingungen der industriellen Revolution. So ist nicht ersichtlich, wie Gellners Nationalismustheorie etwa Sezessionsbewegungen im Kaukasus und Zentralasien erklären will, deren Entwicklungsstand nichts mit den Modernisierungsschüben zu tun hat, wie sie das Europa des 19. Jahrhunderts erfaßten. Die Rückbesinnung auf die lokalen Volkskulturen als Grundlage zu errichtender Mikro-

---

<sup>10</sup> Gellner 1983, 1 ff.

<sup>11</sup> Gellner 1983, 56.

<sup>12</sup> Geertz 1973, 89.

<sup>13</sup> Gellner 1964, 168.

Gemeinschaften scheint vielmehr antimodernistisch motiviert zu sein, in Abwehr einer anonymen, unpersönlichen Gesellschaft aus austauschbaren atomisierten Individuen, für deren Errichtung Gellners Nationalismus steht. Der vielerorts zu beobachtende Rückzug in partikularistische Bewegungen stellt also das Gegenteil von Gellners Beschreibung der regionalübergreifenden Homogenisierung der Kulturen dar. Gleichwohl kann hier durchaus von Nationalismus als Anspruch der Übereinstimmung von kulturellen und politischen Grenzen gesprochen werden, da diese Bewegungen die Eigenstaatlichkeit bzw. Grenzverschiebungen auf Grundlage ethnischer Kriterien anstreben.

Aufgrund dieser Schwierigkeiten, nationalistische Strömungen in den postkommunistischen Staaten mit den hergebrachten westlichen Konzepten zu erfassen<sup>14</sup>, ist eine Erweiterung gültiger Nationalismustheorien erforderlich. Anstatt einem reinen modernisierungstheoretischen Determinismus zu verfallen, wonach unterentwickelte Regionen die historischen Prozesse der westlichen Gesellschaften zum gegebenen Zeitpunkt nachholen, muß das Nebeneinander verschiedener, ja gegenläufiger Entwicklungen anerkannt werden. Dabei stellt sich die Frage nach den Gemeinsamkeiten, die bei allen strukturellen Differenzen die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Nationalismus vergleichbar machen. Ausgangspunkt einer solchen Generalisierung ist unser Nationsverständnis als soziale Konstruktion: nicht primordiale Gemeinsamkeiten, sondern allein der *Glaube* an die Existenz solcher überzeitlichen Charakteristika bildet die Grundlage der Nation.<sup>15</sup> Diese Prämisse impliziert die Manipulierbarkeit einer derartigen sozialen Organisation durch Eliten, die sich hiervon persönliche materielle Vorteile erhoffen könnten. Mit der Frage nach dem Elitenverhalten aber werden nationalistische Bewegungen trotz so unterschiedlicher sozio-ökonomischer Verhältnisse wie im Baltikum, dem Kaukasus oder Zentralasien vergleichbar, was verallgemeinerungsfähige Rückschlüsse über die Bedeutung des Nationalismus in den postsozialistischen Übergangsgesellschaften erlaubt. So könnten aus der Sicht rationaler Akteure sowohl nationalistisch begründete Abschottungstendenzen unterentwickelter Regionen als auch Unabhängigkeitsforderungen ökonomisch fortschrittlicher Territorien plausibel erklärt werden. Bevor auf diese unterschiedlichen Entscheidungspräferenzen im einzelnen eingegangen werden wird, ist zunächst die Frage zu klären, wie überhaupt potentielle Träger nationalistischer Ideen unter den Bedingungen sowjetischer Nationalitätenpolitik zu politischer Bedeutung gelangen konnten.

### **3 Nationale Elitenbildung in der Sowjetunion**

Angesichts der äußerst heterogenen nationalen Zusammensetzung der Sowjetunion spielte die Nationalitätenpolitik von Anbeginn eine herausragende Rolle. Das Ziel der Schaffung eines modernen, homogenen *sovetskii narod* stellte wegen der immensen Entwicklungsunterschiede der einzelnen Regionen eine enorme Herausforderung an die Moskauer Führung dar. So war die sowjetische Nationalitätenpolitik von vornehmlich zwei langfristigen, miteinander verknüpften Zielen getragen: Erstens galt es, die territoriale Integrität und innere Stabilität des Reiches zu bewahren, was teils durch Zugeständnisse an Nationalitätengruppen, teils durch die Erstickung separatistischer Bestrebungen bewerkstelligt werden sollte; und zweitens

---

<sup>14</sup> Hall 1995, 25 f.

<sup>15</sup> Elwert 1989, 21.

wurde die Schaffung einer modernen, die partikularen Gemeinschaften assimilierenden sowjetischen Gesellschaft angestrebt. Dabei wurden die kulturelle Homogenisierung und gesellschaftliche Modernisierung als zwei Seiten derselben Medaille aufgefaßt, stellten sie doch beide das Mittel zur Realisierung des jeweils anderen Zwecks dar: einerseits sollte das Modernisierungsziel in einer den gellnerschen Mechanismen der Nationswerdung durchaus ähnlichen Weise erreicht werden, nämlich durch die Errichtung einer standartisierten, homogenen und zentral kontrollierten (Hoch-)Kultur<sup>16</sup>; andererseits wurde in der gesellschaftlichen Modernisierung gerade die Voraussetzung der sukzessiven Verschmelzung unterschiedlicher Kulturen zu einer sowjetischen Nation gesehen. Diese zweite Annahme ist auch in den westlichen Sozialwissenschaften weit verbreitet gewesen und fand insbesondere ihren Ausdruck in Karl Deutschs modernisierungstheoretischem Paradigma der sozialen Mobilisierung.<sup>17</sup> Das Nebeneinander dieser beiden Vorstellungen von Ursache und Wirkung führte zwangsläufig zu inneren Widersprüchen der sowjetischen Nationalitätenpolitik, da je nach Zielsetzung entweder die kulturelle Gleichschaltung gefördert oder aber ein Modernisierungsprozeß angestrengt wurde, der die bevorzugte Förderung gerade der kulturell distinkten Peripherien und damit der nationalen Eliten implizierte.

Ideologisch wurde diese zweigleisige Politik durch eine dialektische Doktrin Lenins untermauert, wonach die Förderung der freien Entfaltung der Nationalitäten schließlich zu ihrer natürlichen Fusion führen würde. So versprachen die Bolschewiki den Nationen in der Sowjetunion einerseits eine Blütezeit, da sie durch die Revolution aus dem zaristischen „Völkergefängnis“ befreit worden seien. Auf der anderen Seite wurde die Überwindung des Nationalismus durch den Sieg des Sozialismus vorausgesagt, da in ihm ein Ausdruck des Klassenkampfes innerhalb der Völker und Staaten gesehen wurde. Mit dem Verschwinden der antagonistischen Klassen würde dem Nationalismus seine Basis entzogen werden, so daß die Völker miteinander verschmelzen könnten.<sup>18</sup>

Diese zueinander im Gegensatz stehenden Prinzipien von Vielfalt und Assimilation boten den Vorteil, je nach Bedarf die unterschiedlichsten politischen Maßnahmen zu rechtfertigen, von einer aktiven Förderung der Nationalitätengruppen bis hin zur Liquidierung nationaler Eliten, denen ein konterrevolutionäres, d.h. bürgerlich-kapitalistisches Verhalten vorgeworfen werden konnte. Tatsächlich erlebte die sowjetische Geschichte erhebliche Richtungsänderungen in der Nationalitätenfrage, die von realpolitischen Erwägungen - in der Regel dem Gebot innerer Stabilität - bestimmt waren. Hierauf im einzelnen einzugehen, ist an dieser Stelle weder möglich noch erforderlich.<sup>19</sup> Es sollte genügen, zu untersuchen, inwieweit die nationale Elitenbildung von der sowjetischen Nationalitätenpolitik beeinflußt wurde, d.h. welche Elemente entscheidend zu ihrer Förderung bzw. Schwächung beigetragen haben.

---

<sup>16</sup> Allerdings steht der mit dem Wandel der Produktionsverhältnisse einhergehende nationale Assimilierungsdruck im Mittelpunkt von Gellners Theorie, weniger die zentralstaatliche Instrumentalisierung dieser Bedingungen: „[Men] become nationalists through genuine, objective, practical necessity, however obscurely recognized“ (Gellner 1964, 160). Die Annahme einer gezielten Beschleunigung der kulturellen Homogenisierung ist jedoch durchaus vereinbar mit der gellnerschen Theorie.

<sup>17</sup> Deutsch 1966.

<sup>18</sup> Simon 1986, 153.

<sup>19</sup> Vgl. hierzu etwa Simon 1986; Zaslavsky 1991.

Unter dieser Fragestellung sind die sowjetische Territorialordnung sowie die Wesensmerkmale der Kader- und Bildungspolitik zu analysieren.

### **3.1 Die föderale Struktur der Sowjetunion: nationale Gebietskörperschaften als Kristallisationskerne späterer Nationalitätenkonflikte**

Der Versuch, Nationalismus durch speziell designierte Organisationsstrukturen zu kontrollieren und seine Äußerungen außerhalb dieser institutionellen Vorkehrungen zu verfolgen, ist eine der Grundfesten sowjetischer Nationalitätenpolitik. Am greifbarsten äußerte sich diese Institutionalisierungspraxis in der föderalen Struktur der Sowjetunion, die auf der Einrichtung von nationalen Gebietskörperschaften beruhte. Hierbei handelte es sich um ein kompliziertes System abgestufter administrativ-territorialer Autonomien, das die großen und viele kleine Nationen mit Symbolen nationaler Eigenständigkeit ausstattete und zwischen Unionsrepubliken, Autonomen Republiken, Gebieten und Kreisen unterschied.<sup>20</sup> Diese Hierarchisierung von Gebietseinheiten bedeutete eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Nationalitäten, die nach dem Prinzip *divide et impera* auf die gegenseitige Kontrolle und Schwächung der verschiedenen Gruppen abzielte. So wurde klar zwischen territorialen und exterritorialen, autonomen und nichtautonomen Völkern, Titularnationen und Minderheiten unterschieden. Lediglich 53 der 125 offiziell gezählten sowjetischen Völker (von etwa 800 identifizierbaren ethnischen Gruppen<sup>21</sup>) erhielten überhaupt den Status einer Titularnation durch die Zuweisung zu einem bestimmten Territorium. Diese Ungleichbehandlung fand ihren ideologischen Rückhalt in der von Stalin verfaßten Schrift *Der Marxismus und die nationale Frage*, derzufolge der Begriff der Nation notwendig an die Existenz eines nationalen Territoriums geknüpft war.<sup>22</sup>

Seinen stärksten formalen Ausdruck fand das Zugeständnis des Selbstbestimmungsrechts in der verfassungsmäßigen Festschreibung des Separationsrechts, das aber allein den Unionsrepubliken vorbehalten und lediglich deklaratorischer Natur war, da Unabhängigkeitsbestrebungen jedweder Art unter Strafe gestellt waren. Die Selbständigkeit der den Unionsrepubliken untergeordneten Gebietskörperschaften beschränkte sich dagegen im wesentlichen auf den kulturellen Bereich. Überhaupt konnte von einem wahren Föderalismus keine Rede sein: die administrativen Einheiten waren der Zentralgewalt nicht bei-, sondern untergeordnet, dominiert wurde das System zudem von der Einparteienherrschaft der zentralistisch organisierten KP sowie von Vorgaben der zentralen Planungswirtschaft. Eine eigenständige Politik auf Regionalebene konnte, wie noch zu zeigen ist, höchstens unter der Umgehung bzw. Aushöhlung der formalen Entscheidungsstrukturen betrieben werden.

Das Prinzip der Hierarchisierung der verschiedenen Gebietskörperschaften wurde ergänzt um den Aspekt der Segmentierung nationaler Einheiten. Sie äußerte sich vor allem in der häufigen Inkongruenz von Ethnos und Territorium, d.h. der Nichtübereinstimmung von Siedlungsräumen mit den administrativen Grenzen. Von den zuletzt 21 ASSR stellte in nur

---

<sup>20</sup> Die Sowjetunion war ein Gebilde aus fünfzehn Unionsrepubliken, zwanzig Autonomen Sowjetrepubliken (ASSR), acht Autonomen Gebieten (*oblasti*) und zehn Autonomen Kreisen (*okrugi*).

<sup>21</sup> Salmin 1993, 43.

<sup>22</sup> Zaslavsky 1991, 10.

fünf Fällen die Titularethnie die Bevölkerungsmehrheit, von den 18 autonomen Gebieten und Kreisen traf dies nur in 3 Fällen zu.<sup>23</sup> Einer anderen Quelle zufolge gehörten im Schnitt immerhin weniger als zwei Drittel der Bevölkerung einer Gebietseinheit der namengebenden Volksgruppe an.<sup>24</sup> Darüber hinaus lebte in vielen Fällen die Bevölkerungsmehrheit einer anerkannten Nationalität außerhalb des ihr zugewiesenen Territoriums (so etwa 70% der 6,6 Millionen Tartaren und 50% der 700.000 Mari; im autonomen Gebiet der Juden am Ufer des Amur in Birobidschan lebten zum Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion gar nur knapp 0,6 % aller in der SU lebenden Juden). Durch eine Zuschreibungspraxis von nationalen Territorien, die mit den tatsächlichen Bevölkerungsverteilungen wenig gemein hatte, wurden Minderheiten regelrecht geschaffen, die gegenüber den Mitgliedern der jeweiligen Titularnation strukturell benachteiligt waren (etwa bei der Ämtervergabe oder Pflege der eigenen Volkskultur). Ferner wurden in polyethnischen Regionen wie dem Nordkaukasus willkürliche Gebiete nationaler Staatlichkeit wie die binationale Tschtscheno-Inguschische Republik geschaffen. Schließlich wurde die Ethnizität noch durch die Benennung der Identität in den innersowjetischen Pässen institutionalisiert. War diese ursprünglich selbsterklärt, so wurde sie später zwangsläufig von den Eltern auf die Kinder übertragen. Auf diese Weise zu einer biologischen Kategorie erhoben, begünstigte sie die Errichtung starrer Schranken zwischen den einzelnen Nationalitäten, wodurch die Segregation gefördert und die Gefahren interethnischer Solidarisationen begrenzt werden sollten.

Indem die Anerkennung einer Volksgruppe als Nation das Vorhandensein eines eigenen Territoriums voraussetzte, vertrat die offizielle sowjetische Politik die empirisch unhaltbare Ansicht der eindeutigen Abgrenzbarkeit von ethno-kulturellen Räumen. Was aber als der schier unmögliche Versuch erschien, die einander widersprüchlichen Territorialforderungen miteinander in Einklang zu bringen, bezweckte letztendlich die gegenseitige Neutralisierung der Nationalitätengruppen. Der Territorialbezug erlaubte den direkten Eingriff in die Beschaffenheit einer Nation, was unter Stalin in den Deportationen von Tschetschenen, Kalmücken, Krim-Tataren und Deutschen nach Zentralasien und Sibirien einen traurigen Höhepunkt fand. Diese Politik des autoritären *nation-buildings* barg in sich jedoch zugleich den Keim späterer Nationalitätenkonflikte. Denn erstens mußten aufgrund der diskriminierenden Hierarchisierung der Nationalitäten erhebliche interethnische Spannungen freigesetzt werden, als die zentrale Kontrollfähigkeit über die Peripherien schwand. Die Territorialisierung der Ethnizität als Mittel zur Kontrolle und Schwächung der Nationalitäten bewirkte letzten Endes die Ethnisierung der Territorien, die eine ideale Referenz für die Prozesse der Ethnogenese darstellten.<sup>25</sup> Mit der Objektivierung des Nationsbegriffs wurden territoriale Streitigkeiten zu nicht verhandelbaren Identitätsfragen und die Revision von Grenzverläufen zu Nullsummenspielen, was die besondere Explosivität von Nationalitätenkonflikten erklärt. Und zweitens bot diese Objektivierung den nationalen Eliten, als sie im Moment des Systemzusammenbruchs eine Herrschaftsalternative versprachen, eine Legitimationsbasis für ihre Selbstbestimmungsforderungen. Die Sowjetunion zerfiel 1991 infolge der Unabhängigkeitserklärungen der Republiken in ihre administrativ-rechtlichen Bestandteile, deren Grenzen in den 1920er und 1930er Jahren recht willkürlich gezogen

---

<sup>23</sup> Zaslavsky, 1991.

<sup>24</sup> Connor 1992, 31.

<sup>25</sup> Dragadze 1993, 78.

worden waren. Obwohl die Bruchlinien nur selten mit den national-ethnischen Grenzen übereinstimmten, wurde der Austritt aus der Union mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker begründet. Dies zeugt von einer nationalen Reorientierung der politischen Eliten in den Republiken, die nach der Delegitimierung der bestehenden Ordnung eine ideologische Alternative bot. Die Behauptung einer mit der Unabhängigkeit der Republiken gewonnenen nationalen Einheit bestätigt die Erkenntnisse Hobsbawms und Gellners, nach denen Nationen eine „invention of tradition“<sup>26</sup> sind. Dies erklärt auch die angestrebte Suche der neuen souveränen Staaten nach Bezugspunkten historischer Legitimation und eigener Tradition. Hieran knüpft sich nun die Frage der Faktoren an, die die Entstehung von Protagonisten nationaler Unabhängigkeit gefördert haben.

### **3.2 Kaderrekrutierung nach Nationalitätenproporz**

Das Nebeneinander hierarchischer Territorialeinheiten bedingte den Aufbau symmetrischer vertikaler Bürokratien vom Zentrum bis hin zur lokalen Ebene. Dieser institutionelle Isomorphismus sollte die effektive Umsetzung zentraler Sollvorgaben auf jeder administrativen Stufe garantieren und gleichzeitig die Entscheidungswege auf die vertikale Schiene zwischen Zentrum und Peripherie begrenzen. Eine interregionale Arbeitsteilung sollte zudem weitgehend unterbunden werden, um die Gefahren interethnischer Bündnisse zu begrenzen und um die Kontakte zwischen einer Titularnation und den zu dieser gehörenden, als Minderheiten in benachbarten Territorien lebenden Bevölkerungsgruppen einzuschränken.

Das Bemühen der sowjetischen Führung, Nationalbewußtsein durch institutionelle Vorkehrungen zu kanalisieren, kam auch in der Rekrutierung und Förderung der Kader zum Ausdruck. So wurden auf der einen Seite bald nach der Gründung der Sowjetunion die Nationalbewegungen weitgehend zerschlagen, ihre Vertreter als Dissidenten verfolgt und die Zulassung eigenständiger nationaler Organisationen verweigert. Auf der anderen Seite aber wurde in den zwanziger Jahren mit der Politik der *korenizacija* („Einwurzelung“) eine Art Ersatz geschaffen, der in einer gezielten Bevorzugung von Angehörigen nichtrussischer Titularnationen beim Zugang zu Bildung, Wohnungen und Arbeit bestand. Bestandteil der positiven Diskriminierung war auch die bewußte Förderung von Sprache und Volkstum, allerdings grundsätzlich auf Kosten der jeweiligen Minderheiten einer Region. Diese nationalkommunistische Politik sollte vor allem nationale Ambitionen der neuen regionalen Eliten mit der Loyalität gegenüber der sowjetischen Ordnung in Einklang bringen.<sup>27</sup> Darüber hinaus spiegelte die Bevorzugung der Titularnationen gegenüber anderen Volksgruppen den Versuch wider, die kulturelle Heterogenität von Führungskadern auf ein unvermeidliches Höchstmaß zu beschränken. Die Gewährung ökonomischer, sozialer und politischer Privilegien nach dem Kriterium nationaler Zugehörigkeit begründete allerdings eine interethnische Konkurrenzsituation, die sich in dem Moment zu Verteilungskonflikten zuspitzen mußte, wo die zentrale Moskauer Steuerungskapazität bei der Kaderrekrutierung und Allokation materieller Werte schwand. Zudem bereitete diese „Indigenisierung“<sup>28</sup> einen idealen Nährboden für die Nationswerdung auch vormoderner Volksgruppen.

---

<sup>26</sup> Hobsbawm, Ranger 1983.

<sup>27</sup> Simon 1986, 18 f.

<sup>28</sup> Simon 1995, 12.

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, die Macht regionaler Eliten habe im Laufe der sowjetischen Geschichte stetig zugenommen. Ihr Einfluß hing entscheidend von den Schwankungen sowjetischer Nationalitätenpolitik zwischen Indigenisierung und Assimilierung bzw. (Re-)Russifizierung ab. Solange die Steuerungskapazitäten des Zentrums Abhängigkeitsstrukturen der Peripherien begründeten, war das Autoritätsverhältnis zwischen den regierenden Moskauer Eliten und den ausführenden regionalen Kadern relativ intakt.<sup>29</sup> Dieses imperiale Verhältnis war weniger nationaler Art im Sinne einer rein russischen Dominanz gegenüber anderen Völkern als funktional: die gebietskörperschaftlichen Funktionäre waren abhängig von den Weisungen der Moskauer Parteispitze. Zumindest auf der Ebene der Unionsrepubliken lag die Führung der Partei und der anderen bürokratischen Apparate in den Händen von Einheimischen. In den zentralasiatischen Unionsrepubliken sank der Anteil an Slawen innerhalb der politischen Führungselite von etwa drei Vierteln in der späten Stalinzeit auf rund ein Viertel in den siebziger Jahren.<sup>30</sup> Ähnlich einschneidend verlief die Nationalisierung der Führungsorgane in den baltischen Republiken.

In den Führungsgremien der KPdSU, den obersten Rängen des Militärs und der Sicherheitsdienste bestand freilich ein Übergewicht an Russen, das erheblich über ihrem Bevölkerungsanteil lag.<sup>31</sup> Die unter Breschnew wieder zunehmende Tendenz, in den Spitzen von Partei und Staat einschließlich der zentralen wirtschaftlichen Planungsbehörden Nichtrussen außen vor zu halten, verstärkte den Gegensatz zwischen Zentrum und Peripherie. Diese Entwicklung war weder der Integration nationaler Eliten förderlich, noch erhöhte sie die politische Steuerungsfähigkeit der obersten Führungsorgane. Das zunehmend russisch dominierte Politbüro der Unionspartei bewahrte zwar in allen gesamtstaatlichen und grundsätzlichen Fragen die uneingeschränkte letzte Entscheidungskompetenz. Unter den Bedingungen nachtotalitärer Herrschaft war es aber auf die Mitwirkung der Regionen angewiesen, wenn die zentral gefaßten Beschlüsse nicht gegenstandslos bleiben sollten. Dies schuf ein gegenseitiges Abhängigkeitsverhältnis, das zwischen der Unionsspitze und den Republiken ein System des Interessenausgleichs, des permanenten *bargaining*, begründete.<sup>32</sup> Die Einflußnahme regionaler Interessenvertreter auf die Zentralinstanzen erschwerte nicht nur eine effektive Entscheidungsfindung, sondern ging zudem mit Verteilungskämpfen zwischen den Vertretern unterschiedlicher Regionen einher, die mit dem Rückgang von Ressourcen zunehmend konfliktreicher wurden.<sup>33</sup> Darüber hinaus gerieten ranghohe Kader auf Allunionsebene aufgrund ihrer häufigen Doppelfunktion, die in der Vertretung der Interessen ihrer Heimatregion sowie der zentralstaatlichen Aufgabenerfüllung bestand, im Falle konkurrierender Ansprüche zwangsläufig in Solidaritätskonflikte, die unter nationalistischen Vorzeichen schließlich unvereinbar wurden.

Das Bemühen, nationale Eliten durch die Übertragung von Führungspositionen zu neutralisieren, konnte nur so lange erfolgreich sein, wie sie von der Kooptation größere materielle Vorteile erwarten konnten als bei abweichendem Verhalten mit den dabei in Kauf zu nehmenden Sanktionen. Mit dem Rückgang seiner Steuerungsfähigkeit büßte das Zentrum

---

<sup>29</sup> Motyl 1993, 229.

<sup>30</sup> Simon 1986, 311 ff.

<sup>31</sup> Simon 1986, ebd., vgl. a. die Tabellen S. 422 ff., 450; Connor 1992, 38.

<sup>32</sup> Hildermeier 1994, 14.

<sup>33</sup> Burg 1990, 33.

aber auch seine Sanktionsgewalt und Legitimation ein. Dezentralisierungsmaßnahmen, wie sie etwa in den späten fünfziger Jahren eingeleitet wurden, um die Moskauer Führungsapparate zu entlasten, stärkten nur die Position der peripheren Eliten, da ihre Verfügungsgewalt über materielle und informationelle Ressourcen zunahm. Die Folge war die Entstehung von parteiinternen Mafias in den Sowjetrepubliken während der Breschnew-Ära<sup>34</sup>, d.h. die zunehmende Privatisierung öffentlicher Entscheidungen, bestimmt von den Verhandlungsinteressen der regionalen Kader. Die fortschreitende Degeneration des Systems veranlaßte diese, nun verstärkt die nationale Karte zu spielen. In dieser Situation war der institutionelle Isomorphismus den Selbstbestimmungsbestrebungen förderlich, begrenzte er doch die interregionalen Abhängigkeiten. Zudem erleichterte die zumindest nominale Grenzziehung nach nationalen Gesichtspunkten eine breite Identifizierung der Titularnation mit ihrem Territorium. So war es fast natürlich, daß der Versuch von Eliten, die Bevölkerung für ihre Ziele zu mobilisieren, national in der Verkündung war. Selbst ranghohe Funktionäre auf Allunionsebene verfolgten schließlich diese Logik. Die nationalistische Wendung des ehemaligen sowjetischen Außenministers, Politbüromitglieds - und Georgiers - Eduard Schewardnadse oder des einstigen Generalmajors und Kommandeurs einer strategischen Bomberdivision im Baltikum, des späteren tschetschenischen Präsidenten Dshochar Dudajew, sind hierfür zwei prominente Beispiele.

### **3.3 Sowjetische Bildungs- und Sprachenpolitik: Formierung nationaler Eliten**

Dem Bildungswesen maß die sowjetische Nationalitätenpolitik einen herausragenden Stellenwert bei, war doch die Schule der zentrale Ort, an dem die Sozialisation zukünftiger Eliten stattfand. Den Schülern waren einerseits die ideologischen Grundsätze der Partei zu vermitteln, andererseits sollte der Herausbildung partikularer, kulturell tradierter Solidaritäten entgegengewirkt werden. So wurde das höhere Bildungswesen von Anbeginn der zentralen Kontrolle unterworfen, nicht zuletzt aus der Erkenntnis, daß der Erfolg nationalistischer Bewegungen entscheidend von den mobilisatorischen Fähigkeiten der Eliten abhängt. Die Garantie universeller Bildung in den Unionsrepubliken war zudem der wichtigste Aspekt sowjetischer Modernisierung, allerdings mit ambivalentem Ergebnis: Zwar wurde in der Modernisierung die Gewähr der Entwicklung einer zunehmend homogenen sowjetischen Nation gesehen. Doch hatte der Aufbau eines Schul- und Ausbildungswesens bei den nichtrussischen Völkern das Heranwachsen neuer nationaler Eliten zur Folge, deren Assimiliations- und damit Russifizierungsbereitschaft nicht voraussetzungsfrei war. Die Modernisierungserfolge in den Peripherien stärkten vielmehr die Position der regionalen Führer gegenüber dem Zentrum und schufen die Grundlage für spätere Selbstbestimmungsforderungen. Angesichts dieser der Modernisierung eigenen Dialektik von kultureller Assimilierung und Diversifizierung schwankte auch die sowjetische Bildungspolitik zwischen den unvereinbaren Zielen von *korenizacija* und *slijanie* („Verschmelzung“).

---

<sup>34</sup> Motyl 1993, 230.

Die Entstehung nationaler Intelligenzschichten war das Ergebnis einer in allen Regionen eingeleiteten Bildungsoffensive und einer bis Anfang der dreißiger Jahre aktiv geförderten Derussifizierung. Die *korenizacija* wurde zwar während der Herrschaft Stalins unterbrochen, doch bereits in den fünfziger Jahren erhielten diese Modernisierungsprozesse mit der Bildungsexplosion bei den nichtrussischen Völkern neuen Schub. Die Formierung eines nie zuvor gekannten Umfangs nationaler Trägerschichten hatte in der Ukraine und im Transkaukasus bereits vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen und setzte sich später in den asiatischen Unionsrepubliken fort. Insbesondere die unter Chruschtschow eingeleiteten Modernisierungsanstrengungen veränderten die Sozialstrukturen der Völker entscheidend. So wuchsen bei allen großen nichtrussischen Nationen in zunehmendem Maß Führungskräfte für immer mehr Bereiche der Wirtschaft, Verwaltung, des Bildungswesens und der Partei heran, die russische Führungskräfte überflüssig machten.<sup>35</sup> Allerdings blieb hinsichtlich des Assimilierungsziels von Angehörigen nichtrussischer Völker die Realität hinter den mit der Bildungsrevolution verknüpften Erwartungen zurück. Zwar ließ ein Anstieg des Bildungsniveaus eine Zunahme der Bereitschaft zu nationenübergreifender Interaktion erkennen. Doch stiegen mit der Qualifikation zugleich die Karriererwartungen der jungen nationalen Eliten, die häufig nur in unzureichendem Maße befriedigt werden konnten, was ein neues Konfliktpotential in sich barg. So waren einerseits bis in die 70er Jahre die institutionellen Voraussetzungen geschaffen worden, die den Angehörigen der Titularnationen von Unionsrepubliken weitgehende Chancengleichheit im Volksschulwesen sicherten. Auch im weiterführenden Bildungswesen nahm die Zahl der Nichtrussen entsprechend dem Vorsatz einer proportionalen Beteiligung der Unionsrepubliken zu. Auf der anderen Seite aber blieb in Zentralasien, im Kaukasus und anderen Regionen die Aufnahme nichtrussischer Eliten in Führungspositionen hinter dem erreichten Bildungsniveau zurück.<sup>36</sup> Die Frustrationen, die aus der Diskrepanz von gesteigertem Selbstbewußtsein und tatsächlichen Lebenschancen erwachsen, stellen den Erfolg der sowjetischen Bildungsexpansion als ein Mittel ihrer Nationalitätenpolitik in Frage:

„Thus, paradoxically, it is the very success of Soviet developmental efforts that contributes to the rise of national self-awareness among the peripheral nationalities, and it is the main beneficiaries of Soviet-sponsored social and economic development, the rising native elites, who are likely to experience the strongest increase in such self-awareness.“<sup>37</sup>.

Der Anstieg des nationalistischen Protestpotentials wurde zudem dadurch erleichtert, daß der Anteil der Nichtrussen an der Parteimitgliedschaft beträchtlich langsamer zunahm als etwa innerhalb der Hochschulstudentenschaft oder bei den Beschäftigten mit Hochschulbildung. Es ist kaum verwunderlich, daß gerade Angehörige der Bildungselite später an der Spitze der Oppositionsbewegungen standen.

Auf die Sprachenpolitik sollte hier ein besonderes Augenmerk gerichtet werden, nimmt sie doch Einfluß auf einen zentralen Bezugspunkt nationaler Identität. Im Rahmen der *korenizacija* wurden in den zwanziger Jahren einheimische Sprachen nicht nur formell als zweite Amtssprachen anerkannt, sondern zudem Publikationen in den jeweiligen Landessprachen gefördert, ja für manche mündlich tradierten Sprachen überhaupt erst eine

---

<sup>35</sup> Simon 1986, 299 ff.

<sup>36</sup> Simon 1986, 304 ff.

<sup>37</sup> Burg 1990, 29.

Grammatik und eine verbindliche schriftliche Form entwickelt.<sup>38</sup> Die Förderung nichtrussischer Sprachen in der Konsolidierungszeit der zwanziger Jahre entsprang nicht allein dem Gedanken, die Selbstbestimmungswünsche der Nationalitäten zu befriedigen. Die verschiedenen Muttersprachen waren vor allem ein ideales Medium zur Verbreitung der Parteipropaganda. Durch die Entwicklung eigener Schriftsprachen wurden allerdings manche moderne Nationen, insbesondere in Zentralasien, erst *geschaffen* und damit ein Grundstein für spätere Unabhängigkeitsbestrebungen gelegt. Kulturelle Aktivitäten auf lokaler Ebene wurden seit der Breschnew-Zeit verstärkt zu den Kristallisationskernen eines partikularen Patriotismus.

Diese kulturellen Regionalisierungstendenzen, begünstigt durch die Stärkung von Nationalsprachen, sowie die von der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus ausgelösten ethnosozialen Wandlungsprozesse förderten eine Derussifizierung und sprachliche Desintegration, die leicht in eine politische übergehen konnte. Diesen Tendenzen versuchte die sowjetische Führung durch Russifizierungsmaßnahmen entgegenzusteuern. Seit Beginn der siebziger Jahre wurde daher verstärkt die Verbreitung des Russischen als „zweite Muttersprache“ propagiert und durch bildungspolitische Maßnahmen umzusetzen versucht. Diese Politik wurde zum praktischen Kernstück in dem Bemühen, aus dem Sowjetvolk eine Realität zu machen. Die Verfassung von 1977 sah die Überwindung der nationalen Heterogenität zugunsten der unionsweiten Einheit vor<sup>39</sup>, und noch 1986 wurde das Ziel der „Verschmelzung“ der vielen Völker ins Programm der KPdSU aufgenommen. Der russischen Sprache sollte zumindest der Status einer *lingua franca* innerhalb der neuen sowjetischen Nation zukommen.

So wurde von Ideologen und Linguisten eine Sprachenhierarchie entwickelt, die nur dem Russischen unbegrenzte Funktionen und Entwicklungsmöglichkeiten in allen Lebensbereichen zuschrieb und folglich die Bedeutung aller anderen Sprachen mehr oder weniger begrenzte. Dabei behielten die Sprachen der Unionsrepubliken - entsprechend dem Schema des Sowjetföderalismus, der hier einmal mehr seine politische Relevanz erwies - einen besseren Status als alle übrigen. Bereits Stalin hatte 1951 die Ansicht vertreten, daß die Durchsetzung einer universellen (russischen) Sprache die zwischenzeitliche Förderung von einheitlichen Regionalsprachen der intermediären Titularnationen voraussetze.<sup>40</sup> Dies implizierte allerdings die Assimilierung von Volksgruppen ohne Nationalitätenstatus. Diese sprachenpolitische Differenzierung barg in sich den Keim späterer Konflikte zwischen Nationalitäten unterschiedlichen Ranges. Denn was für die einen die Förderung der nationalen Eigenständigkeit war, bedeutete für die anderen die Zwangsassimilierung in die formell übergeordneten Nationen.

Konkret äußerte sich die Politik der *slijanie* in der Intensivierung des Russischunterrichts auf allen Ebenen der Bildungspyramide. Seit 1938 an allen Schulen obligatorisch, avancierte er in den siebziger Jahren zu dem Fach mit der mit Abstand größten Stundenzahl. Auf Hochschulebene wurde Russisch zur Fachsprache in den einzelnen Disziplinen erklärt, Dissertationen waren auf Russisch zu verfassen. Der Russifizierungsdruck erfaßte auch

---

<sup>38</sup> Hildermeier 1994, 11 f.

<sup>39</sup> Connor 1992, 44 f.

<sup>40</sup> Salmin 1993, 47.

staatliche Institutionen wie das Gerichtswesen. Wenngleich diese Maßnahmen der russischen Sprache zur Weiterverbreitung verhelfen, wuchs zur gleichen Zeit das Protestpotential gegenüber der Moskauer Führung an. Dies war insbesondere in den Republiken mit einer alten Tradition weitgehender kultureller Eigenständigkeit der Fall, insbesondere in Georgien, Litauen und Estland. Das Bemühen, auf Allunionsebene durch Russifizierungsmaßnahmen eine neue Qualitätsstufe nationaler Einheit zu erreichen, bewirkte gerade bei den geistigen Eliten solcher Unionsrepubliken, die dieser Politik einen zum Teil massiven Widerstand entgegensetzenden, genau das Gegenteil.<sup>41</sup> Aus der Bedrohung, die für den Bestand der eigenen Traditionen erkannt wurde, erwuchs ein zunehmendes Bedürfnis, die nationale Eigenart zu betonen.

Die Folgen der Bildungspolitik, getragen von dem Ziel, langfristig eine moderne sowjetische Nation zu schaffen, stellten folglich die sowjetische Führung vor ein doppeltes Dilemma. Erstens erwies sich die von der Partei, aber auch von Modernisierungstheoretikern vertretene Annahme, daß die gesellschaftliche Modernisierung notwendig kulturelle Homogenisierungseffekte nach sich ziehen müßte, als trügerisch. Die Bildungsoffensive in den Peripherien führte vielmehr zur Entstehung nationaler Eliten, denen an der Betonung ihrer kulturellen Eigenständigkeit als Grundlage politischer Souveränität durchaus gelegen sein konnte:

Der „Zentralstaat selbst, der zu seiner Selbstbehauptung und Legitimation auf Industrialisierung und Modernisierung angewiesen war, schuf durch die notwendige Verbreitung von Bildung und Qualifikation gerade an der Peripherie eine Elite, die nicht nur für, sondern auch gegen ihn wirken konnte.“<sup>42</sup>

In der Tat lassen diverse empirische Befunde in der ehemaligen Sowjetunion auf einen direkten positiven Zusammenhang zwischen höherer Bildung und ethnischem Bewußtsein schließen.<sup>43</sup> Zweitens mußten die Rerussifizierungsversuche Moskaus auf den Widerstand dieser nationalen Bildungseliten stoßen, die hierin eine Minderung ihrer in der kulturellen Diversifizierung begründeten Karrierechancen sahen. Die Homogenisierungsbestrebungen des Zentrums waren schließlich ein willkommener Anlaß zur nationalistischen Mobilisierung in den Peripherien, konnten die regionalen Führer doch die Moskauer Politik als Angriff auf die nationale Identität der von ihnen repräsentierten Bevölkerungsgruppe darstellen.<sup>44</sup> Die vielerorts zu beobachtende nationalistische Opposition der Bildungsschichten seit den achtziger Jahren erscheint so als Ausdruck des Zusammenspiels von einem durch die Anhebung des Bildungsniveaus sowie die Förderung von Regionalsprachen geförderten Identitätswandels *und* der Instrumentalisierung eben dieser Stärkung nationalistischen Bewußtseins für politische Zwecke.

### 3.4 Zwischenergebnis

Die sowjetische Nationalitätenpolitik bewirkte letzten Endes genau das Gegenteil des von ihr verfolgten Ziels, durch differenzierte Zugeständnisse und gleichzeitige Kontrolle die

---

<sup>41</sup> Simon 1986, 386.

<sup>42</sup> Hildermeier 1994, 15.

<sup>43</sup> Beissinger 1992, 141-169.

<sup>44</sup> Die Infragestellung einer sozialen Identität von außen führt in der Regel zu einer umso stärkeren Betonung der Eigenart einer ethnischen Gruppe. Vgl. hierzu Horowitz 1989.

nationalen Territorien an Moskau zu binden und desintegrative Bewegungen zu konterkarieren. Die ethnoterritorialen Konflikte, die spätestens seit Mitte der achtziger Jahre das fragile Verhältnis zwischen dem Moskauer Zentrum und den regionalen Peripherien sowie den Gebietskörperschaften untereinander erschütterte, sind die Erblast der national-territorialen Gliederung und der mit dieser korrespondierenden Elitenbildung in der Sowjetunion. Denn zum einen war die Errichtung einer national definierten Territorialordnung und bürokratischer Parallelstrukturen das wirksamste Potential für die nationale Identifikation. Die föderale Ordnung begründete den formalen ethnischen Zusammenhalt, errichtete praktisch unüberwindliche Barrieren zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und schuf ein administratives Bindeglied zwischen dem einzelnen und seiner Nationalität. Damit waren die späteren Unabhängigkeitsforderungen institutionell vorprogrammiert. Zum anderen beschworen die unvermeidbare<sup>45</sup> - und von Moskau durchaus erwünschte - Inkongruenz von Ethnos und Territorium sowie die diskriminierenden Statusunterschiede unterschiedlicher Nationalitäten interethnische Konflikte um Macht und Territorium herauf. Der in der Literatur häufig zitierte Matrjoschka-Nationalismus - in metaphorischer Anlehnung an die ineinander verschachtelten russischen Holzpuppen - verdeutlicht die Konflikträchtigkeit einer Nationalitätenpolitik, die auf einer *a priori* festgelegten Hierarchisierung und autoritär bestimmten territorialen Fixierung der Nationalitätengruppen beruht.

Die beiden Voraussetzungen für das Funktionieren des Sowjetföderalismus, die Demobilisierung der indigenen Gesellschaft und die Garantie hierarchischer Disziplin, fielen durch die von Gorbatschow verkündete Politik von *glasnost* und *perestrojka* endgültig weg, verstärkten sie doch die Eigenständigkeit der regionalen Eliten, die sich nun offen nationalistischer Themen für ihre politischen Ziele bedienen konnten. Das Prinzip *Öffentlichkeit* bedingte, daß zentrale Entscheidungsprozesse durch die Artikulation einer Vielzahl divergierender Interessen - unter anderem in ethnischem Gewande - äußerst kompliziert und konfliktreich wurden. Diese Ineffizienz des Zentrums bestärkte die regionalen Eliten darin, die geltende Ordnung immer offener in Frage zu stellen. Angesichts der allgemeinen Krise und unter den Bedingungen neuer politischer Handlungsmöglichkeiten, war es ihnen möglich, durch die Verkündung politischer Alternativen den Zuspruch der Bevölkerung zu gewinnen. Nachdem im vorangegangenen die Entstehungsbedingungen dieser Eliten analysiert worden sind, stellt sich nun die Frage, warum die regionalen Führer gerade den Nationalismus zu einem zentralen Gegenstand ihrer Politik machten.

#### **4 Nationalismus als Instrument sozialer Mobilisierung**

Die Machtzunahme regionaler Eliten setzte bereits vor der Verkündung der Reformpolitik Gorbatschows ein, die eher Ausdruck als Ursache des kontinuierlichen Rückgangs der Steuerungsfähigkeit des Zentrums war. Ganz in Übereinstimmung mit der Hypothese, daß die nachstalinistische Herrschafts- und Verwaltungsordnung am besten als „faktisches,

---

<sup>45</sup> Aufgrund der Vielzahl ethnischer Gruppen, der geographischen Überschneidungen ihrer Siedlungsräume und des Problems einer eindeutigen definitiven Abgrenzung solcher essentiell subjektiv bestimmten Gruppen sind staatliche Grenzziehungen zumeist nicht durchführbar, ohne daß dadurch neue Minderheitensituationen entstünden.

wenngleich nicht formalisiertes System des bargaining, des Austarierens verschiedener Ansprüche sowohl allgemein politischer als auch sachlicher Art“, zu beschreiben sei, fand ein regelhafter Interessenausgleich zwischen der Unionsspitze und den Republiken statt.<sup>46</sup> Die im System der Planwirtschaft zentral festgelegten Sollvorgaben begründeten Abhängigkeitsverhältnisse zwischen den peripheren Rohstofflieferanten, weiterverarbeitenden Sektoren und dem für die Redistribution von Werten zuständigen Zentrum. Letzteres veräußerte den nachgeordneten administrativen Ebenen als Gegenwert zu den von diesen erbrachten Leistungen nicht nur materielle Güter, sondern auch Funktionärsposten, Sondergenehmigungen und andere Zugeständnisse, von denen häufig nur die an den Absprachen direkt Beteiligten profitierten.<sup>47</sup> Die nachlassende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Gesamtstaates verschlechterte die Verhandlungsposition des Zentrums zunehmend und hatte eine schleichende Aushöhlung seiner Legitimation und Einflusses zur Folge. Das hierdurch entstehende Machtvakuum erlaubte es den regionalen Eliten, ihre Autonomie gegenüber Moskau kontinuierlich zu erweitern. Das Bemühen Moskaus, die Solidarität von Angehörigen der Titularnationen durch die Vergabe von Führungspositionen auf Regionsebene sicherzustellen, konnte schließlich den Rückgang der Elitenloyalität zum Zentrum nicht aufhalten. Die Folge war, daß den Regionen immer weitergehende Zugeständnisse eingeräumt werden mußten, bis schließlich der Bestand der Union selbst zur Disposition stand: „The very existence of the USSR became the object of an administrative trade leading to self-destruction of this bazaar’s all-Union level.“<sup>48</sup>

Der Verlust an zentraler Steuerungsfähigkeit bedingte neben einer Verselbständigung der alten Funktionseliten aber auch das Auftreten neuer Akteure, die sich in zunehmend offenere Opposition zum bestehenden System stellten. Diese Profiteure schwindender staatlicher Sanktionsgewalt mußten prinzipiell an einer beschleunigten sozialen Stratifikation, wie sie der Nationalismus bot, interessiert sein. Denn der Rückgriff auf partikulare Solidaritäten erweitert die soziale Basis eines politischen Akteurs und schließt Konkurrenten, die bestimmte primordiale, respektive ethnische Kriterien nicht erfüllen, von vornherein aus. Das Bemühen um Rückhalt bei der Bevölkerung beschränkte sich zwar keineswegs auf das Mittel der nationalistischen Mobilisierung an sich. Allerdings war die Anknüpfung an ethnische Identitäten besonders erfolgversprechend, da hier an bereits bestehende Vertrauensbeziehungen zwischen Angehörigen derselben sozialen Gruppe angeknüpft werden konnte, die nicht nur auf kulturellen Gemeinsamkeiten, sondern häufig auch auf ähnlichen sozio-ökonomischen Chancen beruhte. Der Nationalismus wurde ferner zum Kitt zwischen der nichtkommunistischen Intelligentsia und alten kommunistischen Funktionseliten, die sich Ende der achtziger Jahre zunehmend gegen die Alleinherrschaft der KPdSU stellten. Auf diese Weise kam es zu einer politischen Aktivierung der Intelligenz entlang der konservierten nationalistischen Bindungen, die gänzlich neue Koalitionen zwischen alten Kadern, ehemaligen Dissidenten und vormals apolitischen Eliten zuließen.

Darüber hinaus waren viele Regionalbewegungen, ob nun dem Inhalt nach politisch, wirtschaftlich, sozial oder ökologisch motiviert, wegen der nach ethnischen Kriterien

---

<sup>46</sup> Hildermeier 1994, 14.

<sup>47</sup> Kordonskii 1995.

<sup>48</sup> Kordonskii 1995, 165.

gezogenen administrativen Grenzen zwangsläufig national in der Form. Auch waren die von den regionalen Bewegungen verfolgten Ziele nicht immer eindeutig voneinander zu trennen. Die Fusion demokratischer und nationalistischer Forderungen unter Nichteinhalten etwa waren das Ergebnis der häufigen Gleichsetzung des bürokratischen Zentralismus mit nationaler Unterdrückung. Auch die angesichts wirtschaftlicher Ineffizienz erhobenen Forderungen nach einer Überwindung des planwirtschaftlichen Systems zugunsten einer Stärkung regionaler Autonomie wurden häufig mit dem Vorwurf der Ausbeutung durch das Zentrum untermauert.<sup>49</sup> Die Einforderung wirtschaftlicher Rechte in den Regionen wurde im politischen Diskurs durch den Verweis auf ethno-nationale „Realitäten“ legitimiert. Die Nationalitätenpolitik unter Gorbatschow trat eine Flucht nach vorn an, indem der Widerstand der Regionen durch weitgehende Zugeständnisse besänftigt werden sollte. In der Wirtschaftspolitik fand dieses Kalkül seinen Ausdruck im Prinzip des *chozrasčet*, welches die Eigenverantwortlichkeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Republiken erheblich stärken sollte.<sup>50</sup> Dabei wurde von der allzu simplen Annahme ausgegangen, daß die gesellschaftspolitischen Entwicklungen insbesondere im Baltikum in erster Linie wirtschaftlich bedingt waren. Die Eigendynamiken nationalistischer Identifikationsprozesse und ihre Instrumentalisierung durch Eliten müssen dagegen weitgehend ignoriert worden sein, bot doch gerade die Erweiterung wirtschafts- und haushaltspolitischer Souveränität ein willkommenes Vehikel für den völligen Bruch mit der bestehenden Ordnung. Nutznießer des *chozrasčet* waren vor allem die Bürokratien und politischen Eliten der Republiken, weil diese Politik nicht die einzelnen Unternehmen, sondern die Republiken als ganze zum Verhandlungssubjekt machte. Insofern war die Selbstverwaltungsreform nichts anderes als eine Dekonzentration von Kompetenzen, die von den Moskauer Zentralinstanzen auf die regionalen Planungsbehörden verlagert wurden. Dies gab den alten Funktionseliten ein willkommenes Instrument zur Politisierung wirtschaftlicher Probleme in die Hand.

Die regionalen Eliten bedienten sich also des Nationalismus zum Zwecke des eigenen Machterhalts bzw. -erwerbs. Indem sie nationalistische Forderungen zum zentralen Gegenstand ihrer Rhetorik machten und die zum Teil gravierenden politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme unter ebensolche Vorzeichen stellten (nationalistische Fokussierung<sup>51</sup>), schufen sie eine soziale Solidaritätsbasis unter Verschleierung divergierender Interessen innerhalb der Bevölkerung.<sup>52</sup> Mit der im Zuge von *glasnost* eingeräumten Meinungsfreiheit entfiel ein herausragendes Hindernis für nationale Vereinigungen. Insbesondere die Ausrichtung kompetitiver Wahlen seit Frühjahr 1989 erlaubte es den politischen Eliten, im Streben nach öffentlichen Ämtern eine Alternative zum Parteiweg einzuschlagen. Mit dem Wegfall des Allokationsmonopols der KPdSU von politischer Macht entfiel zugleich der Anreiz, ihr anzugehören.<sup>53</sup>

---

<sup>49</sup> Dragadze 1993, 75 ff.

<sup>50</sup> Zaslavsky 1991, 32 ff.

<sup>51</sup> Elwert 1989, 47 f.

<sup>52</sup> Die Ansicht, daß Ezhnizität vor allem eine Ressource sozialer Mobilisierung zum Zwecke politischen und/oder ökonomischen Machtgewinns darstellt, wurde insbesondere von Glazer und Moynihan (1963) vertreten; vgl. Poutignat, Streiff-Fenart 1995, 105 ff.

<sup>53</sup> Furtado, Hechter 1992, 174 ff.

Die nationalistische Mobilisierung in den sowjetischen Regionen entsprang folglich der rationalen Entscheidung von Individuen: „Like all forms of collective action, ethnic collective action is a mobilization process that requires some degree of leadership.“<sup>54</sup> Der Befund der Instrumentalisierung nationalistischer Überzeugungen durch Eliten sagt allerdings noch nichts über die Motive der in diesem Sinne politisierten Bevölkerung selbst aus. Mit anderen Worten stellt sich die Frage, ob mit dem Appell regionaler Führer an in der Bevölkerung latent mehr oder weniger vorhandene nationale Identitäten lediglich schlafende Hunde geweckt wurden oder ob die breite Zustimmung zu nationalistischen Forderungen selbst einem gewissen kollektiven Kalkül entsprang. Hierauf kann an dieser Stelle nur am Rande eingegangen werden, steht doch die Frage des Elitenverhaltens im Mittelpunkt unserer Erörterung. Allerdings könnten konkrete empirische Untersuchungen sicherlich einiges zur Klärung der insbesondere auch das Elitenverhalten betreffenden Frage beitragen, inwieweit der Erfolg einer nationalistischen Programmatik von Kosten-Nutzen-Erwägungen abhängt.

Fruchtbar ist in diesem Zusammenhang Hechters Theorie der Gruppensolidarität, die in Anknüpfung an Olsons Theorie des kollektiven Handelns<sup>55</sup> nationalistische Mobilisierung als Ergebnis der Summe individueller rationaler Entscheidungen zu erklären versucht.<sup>56</sup> Danach kommt es zur Ausbildung von Gruppensolidaritäten, wenn eine solche Bindung dem Einzelnen eine Bedürfnisbefriedigung in einem Ausmaß verspricht, wie sie bei der Verfolgung individueller Strategien nicht zu erzielen wäre. Nationalistische Bewegungen sind solche Gruppen, deren Führer der Anhängerschaft den Genuß kollektiver Güter versprechen, die Nichtangehörigen vorenthalten werden: „To attract political support from a cultural group, a nationalist movement must provide collective goods for the exclusive consumption of its constituency.“<sup>57</sup> Das weitestgehende von nationalistischen Eliten der jeweiligen Wählerklientel versprochene Gut ist das der nationalen Souveränität. Restriktive Sprach-, Staatsbürgerschafts- und Wahlrechtsbestimmungen, die die politischen Rechte und wirtschaftlichen Chancen der *in-group* auf Kosten von Nichtnationalen erweitern, belohnen die Anhängerschaft an nationalistische Bewegungen. Ein Beispiel für diese äußerst konfliktträchtige Praxis von Inklusion und Exklusion ist die Diskriminierung der russischen Bevölkerung in den unabhängigen baltischen Staaten. Hierunter können *de facto* selbst die Verabschiedung von Umweltgesetzen fallen. Zwar handelt es sich bei einer sauberen Umwelt um ein öffentliches Gut, von dem alle Bevölkerungsteile unabhängig ihrer Herkunft profitieren. In den baltischen Republiken richteten sich die verschärften Emissionsbestimmungen aber vor allem gegen die Präsenz der dort angesiedelten Unionsfirmen. Mit der dadurch erzwungenen Anhebung der Produktionskosten wurde ihre weitere Expansion - und damit der erneute Zuzug russischer Arbeitskräfte - erschwert.

Allerdings ist die Unterstützung einer secessionistischen Bewegung nicht frei von Kosten, begibt sich doch der Einzelne in eine für ihn nicht ungefährliche Opposition zum bestehenden System (das blutige Eingreifen der sowjetischen Armee in Vilnius und Riga im Januar 1991 macht deutlich, wie lange diese Gefahr noch unter Gorbatschow bestand). Das hieraus

---

<sup>54</sup> Beissinger 1992, 147.

<sup>55</sup> Olson 1965.

<sup>56</sup> Hechter 1987, 415-426.

<sup>57</sup> Furtado, Hechter 1992, 178.

resultierende *free-rider*-Problem, wonach der Einzelne einen persönlichen Anteil an kollektiven Gütern beansprucht, sich den für diese Nutzengewinnung erforderlichen Kosten jedoch zu entziehen geneigt ist und damit die Effektivität einer sozialen Bewegung mindert, begründet die Notwendigkeit, für die aktive Anhängerschaft einer nationalistischen Bewegung zusätzliche Anreize zu schaffen. Dies können insbesondere Führungspositionen in der nationalistischen Partei bzw. ihre Inaussichtstellung in der staatlichen Bürokratie nach der Durchsetzung eines Autonomiestatus oder dem Erreichen der Unabhängigkeit sein. Daß Ende der achtziger Jahre etwa die Forderungen der führenden ukrainischen Nationalbewegungen gegenüber dem Zentrum weit weniger radikal waren als diejenigen der Estnischen Volksfront, mag daran liegen, daß die Kiewer Parteieliten in ihren Karrierechancen in viel größerer Abhängigkeit von Moskau standen als ihre Kollegen in Riga. Aus historischen Gründen und aufgrund der kulturellen Nähe hatten Ukrainer traditionell höhere Chancen, in Führungspositionen der KPdSU zu gelangen.<sup>58</sup>

*Rational-choice*-Ansätze legen die Vermutung nahe, daß die Vermittelbarkeit nationalistischer Ziele in wirtschaftlich vergleichsweise starken Regionen größer ist als in unterentwickelten Gebieten. In den baltischen Republiken etwa fiel es den Fürsprechern nationaler Unabhängigkeit nicht schwer, die Bevölkerung von den materiellen Vorteilen zu überzeugen, die der Wegfall des nachteiligen Lastenausgleichs zwischen den Republiken sowie die Öffnung zum Weltmarkt mit sich bringen würde. Hier gab es eine weitgehende Interessenübereinstimmung der nationalen Eliten mit den Angehörigen der Titularnationen, ja selbst mit Teilen der russischen Immigranten, von denen viele ein Ausscheiden der Ostseerepubliken aus der Union anfangs durchaus begrüßten. Der Nationalismus bot die Legitimationsgrundlage für eine Abschottung gegenüber der implodierenden Sowjetunion, wovon ein Stabilitätsgewinn für die neuen unabhängigen Staaten erwartet wurde.<sup>59</sup>

Wie aber läßt sich der Sezessionismus rückständiger Regionen erklären, die von einer Unabhängigkeit, volkswirtschaftlich gesehen, überwiegend Nachteile zu erwarten haben? In den zentralasiatischen Republiken kam es seit Ende 1986 (Kasachstan) zu nationalistischen Unruhen. Wirtschaftlich spielten diese Regionen lediglich die Rolle von Rohstofflieferanten für die übrige Sowjetunion. Eine verarbeitende Industrie mit ausreichenden Beschäftigungsplätzen fehlt, und angesichts des rasanten Bevölkerungswachstums ist die landwirtschaftliche Produktion zur eigenen Versorgung mit Lebensmitteln kümmerlich. Keine dieser Republiken ist ökonomisch allein existenzfähig. Mit der Erringung von Eigenstaatlichkeit fielen zwangsläufig die zentralstaatlichen Subventionen weg, die für lange Zeit ein gewisses sozio-ökonomisches Entwicklungsniveau garantiert hatten. Auch die im Zuge der *korenizacija* gewährleistete positive Diskriminierung der Angehörigen der Titularnation entfiel bei einer Loslösung von Moskau, was sich negativ auf das allgemeine Bildungsniveau und insbesondere die Karrierechancen künftiger Eliten auswirken mußte. Unter solchen Bedingungen kann der Unabhängigkeitswille einer sowjetischen Republik allein aus der Interessenperspektive der regionalen Eliten erklärt werden.

---

<sup>58</sup> Furtado, Hechter 1987, 189 f.

<sup>59</sup> Zum Stabilitätsgewinn durch Substrukturierung vgl. Elwert 1989, 39 ff.

Weil in der Sowjetunion bei der Ämtervergabe die komplizierten Ausgleichsmechanismen zwischen den verschiedenen Nationalitäten nicht mehr funktionierten und weil das Konkurrenzprinzip gegenüber der zentralen Planungs- und Verteilungspraxis zunehmend bedeutender wurde, waren die nationalen Eliten einem immer stärkeren Wettkampf auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt. Unter Gorbatschow wurden kaum mehr Maßnahmen zur Erhöhung des nichtrussischen Anteils in den zentralen Entscheidungsgremien ergriffen, da nun wirtschaftspolitischen Geboten ein eindeutiger Vorrang gegenüber Nationalitätenproportionen eingeräumt wurde, deren Integrationswirkung ohnehin höchst zweifelhaft war.<sup>60</sup> Nicht zuletzt wegen des Mangels an ausreichend qualifizierten Kadern sanken die Chancen der peripheren Eliten auf eine Vertretung in den Zentralinstanzen. Angesichts dieser Konkurrenzsituation etwa gegenüber russischen Eliten, die sich mit dem Wegfall der hergebrachten Prinzipien sowjetischer Nationalitätenpolitik nun auch in den Peripherien vermehrt um Führungspositionen bewerben konnten, waren die Abschottungstendenzen der um Bestandswahrung bemühten nationalen Eliten verständlich: „Secession creates new positions, while reducing the pool of competitors.“<sup>61</sup> Gellner bringt dies treffend zum Ausdruck:

„For the intellectuals, independence means an immediate and enormous advantage: jobs, and very good jobs. The very numerical weakness of an ‘underdeveloped’ intelligentsia is its greatest asset: by creating a national unit whose frontiers become in effect closed to foreign talent [...], they create a magnificent monopoly for themselves.“<sup>62</sup>

Während also aus der Sezession für eine unterentwickelte Region in der Regel überwiegend volkswirtschaftliche Nachteile erwachsen, profitiert die gebildete Elite von der Unabhängigkeit, da durch sie neue Karrieremöglichkeiten geschaffen werden. Dabei kommen den lokalen Führern zudem bereits bestehende informelle Netzwerke (z.B. Clanstrukturen in Tschetschenien) zugute.

Der bestehende Interessengegensatz zwischen den Regionalführern und der Bevölkerung kann allerdings mittels nationalistischer Mobilisierung überbrückt werden. Daß im Unterschied zum Baltikum oder der Ukraine die Nationalbewegungen in Zentral-asien stark dirigistische Tendenzen aufwiesen und erst relativ spät große Teile der Bevölkerung einschlossen<sup>63</sup>, verweist auf die herausragende Bedeutung der Machteliten als Intendanten der Unabhängigkeitsbewegungen in den rückschrittlichen Regionen. Die Nationalisten knüpfen in ihren Instrumentalisierungsbemühungen in der Regel an soziale Minderwertigkeitskomplexe und Unrechtsempfindungen an, die sie mit dem Verweis auf die Unterrepräsentation ihres Volkes in öffentlichen Ämtern, auf die als koloniale Unterdrückung empfundene historische Dominanz Rußlands sowie auf den vermuteten oder tatsächlichen Rassismus der russischen Bevölkerung begründen. Die schwierigen Lebensverhältnisse machen die Menschen zudem für externe Schuldzuweisungen und die diffusen, mit dem Erreichen der Unabhängigkeit verknüpften Hoffnungen empfänglich. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Agitation tschetschenischer Nationalisten vor dem Ausbruch des blutigen Konfliktes im Dezember 1994. Die nachfolgende russische Repression tat ihr übriges, daß aus der gemeinsamen

---

<sup>60</sup> Burg 1990, 31.

<sup>61</sup> Horowitz 1981, 173.

<sup>62</sup> Gellner 1964, 169.

<sup>63</sup> Grotzky 1991, 88 f.

Unterdrückungserfahrung ein nationales Zusammengehörigkeitsgefühl und ein starker Unabhängigkeitswille der tschetschenischen Bevölkerung erwuchs.

Das letzte Beispiel zeigt, daß Nationalismustheorien, die die Bedeutung von individuellen Kosten-Nutzen-Analysen in den Vordergrund stellen, keineswegs die Bedeutung von ethnischer Identität im Sinne einer subjektiv erfahrenen kollektiven Lebenswelt ignorieren. Das Vorhandensein einer gemeinsamen sprachlich-kulturellen Basis sowie die geographische Nähe erleichtern die Ausbildung von Gruppensolidaritäten, wie Hechter sie beschreibt.<sup>64</sup> Nach Olson sind Interessengruppen umso erfolgreicher, je geringer ihre Organisationskosten sind. Diese sinken mit der abnehmenden Gruppengröße, ihrer zunehmenden geographischen Konzentration, der Homogenität ihrer Mitglieder und der Annahme einer externen Bedrohung.<sup>65</sup> Der Nationalismus ist, indem er die Erfüllung dieser Kriterien vorgibt, ein ideales Mittel, die Entscheidungsposition einer sozialen Gruppe zu stärken. Er schafft die Illusion eines kollektiven Akteurs und verdeckt interne Interessenunterschiede zugunsten der suggerierten gemeinsamen Identität. Und weil soziale Identität ein direktes Bindeglied zwischen dem Einzelnen und der Gruppe schafft, welches in die Definition des Selbst eingeht, wird der Bestand einer solchen Gemeinschaft häufig auch zu einem persönlichen Anliegen, wodurch die aktive Unterstützung einer nationalistischen Bewegung noch wahrscheinlicher wird.

## **5 Schlußfolgerungen**

Zur Erklärung des Nationalismus in den ehemaligen sowjetischen Republiken erscheint die Analyse des Elitenverhaltens besonders fruchtbar. Aus der Interessenlage der regionalen Machteliten, deren Entstehung die sowjetische Nationalitätenpolitik mehr gefördert denn verhindert hat, werden Unabhängigkeitsbewegungen sowohl in fortschrittlichen als auch in unterentwickelten Sowjetrepubliken verständlich. Neben anderen Faktoren, wie die Existenz einer politischen Kultur oder die Bedeutung spezifischer historischer Erfahrungen, bestimmen die sozio-ökonomischen Verhältnisse einer Region den gesellschaftlichen Mobilisierungsaufwand der Eliten. Je stärker die Peripherien auf Zuwendungen aus dem Rest der Sowjetunion angewiesen waren, desto geringer sind die mittelfristigen Entwicklungschancen nach der Verwirklichung der Unabhängigkeit, desto bedeutender ist die Rolle der nationalen Führer bei der Entstehung von Nationalbewegungen. Eine empirische Gegenüberstellung des Verhaltens von nationalen Eliten in den baltischen und den zentralasiatischen Ländern könnte hier weitere Klarheit verschaffen.

Daß für die Machteliten aus der Verwirklichung der nationalen Souveränität unabhängig von den gesamtgesellschaftlichen Folgen unmittelbare Vorteile erwachsen, ist im vorangegangenen deutlich geworden. Dabei ging es den nationalen Führern häufig gar nicht primär um die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern vor allem um eine Neuverteilung der Macht zwischen dem Zentrum und der Peripherie. Der Beitritt zu einer Gemeinschaft unabhängiger Staaten bot die vielversprechende Perspektive, politische Entscheidungsbefugnisse und weitgehende eigene Verfügungsgewalt über Ressourcen zu

---

<sup>64</sup> Hechter 1987, 416.

<sup>65</sup> De Spiegeleire 1995, 79.

erringen, ohne das Fortbestehen persönlicher Netzwerkstrukturen mit dem Zentrum sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Republiken zu gefährden.

In bezug auf die Ausgangsfrage nach der Bedeutung des Nationalismus für den Zusammenbruch der Sowjetunion und die Transformation postsozialistischer Systeme läßt sich folgendes festhalten: Die Hauptursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion - soweit die Komplexität von Kausalzusammenhängen überhaupt eine eindeutige Abstufung von Gründen erster und zweiter Ordnung zuläßt - sind in der unzureichenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Dysfunktionalität der autoritären Entscheidungs-, Implementierungs- und Kontrollstrukturen, ihrer faktischen Umgehung durch wenige Profiteure (z.B. Betriebsdirektoren), den damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Folgekosten und schließlich der Delegitimation des herrschenden Systems angesichts der eklatanten Kluft zwischen politischem Anspruch und sozialer Wirklichkeit zu suchen. Der Nationalismus erfüllte angesichts der vielfältigen Krisenphänomene eine *Katalysatorfunktion* im Prozeß des Systemniedergangs. So bot er, wie in dieser Arbeit deutlich wurde, für die Machteliten ein Instrument zur Besitzstandswahrung und versprach zugleich der Bevölkerung eine Alternative zum herrschenden System. Es kann mit Recht argumentiert werden, daß die Existenz von Nationen den Niedergang der Sowjetunion beschleunigt hat, da sie eine Perspektive politischen Neubeginns boten.<sup>66</sup>

Ob aber vom Nationalismus tatsächlich Anstöße für eine gesellschaftliche Modernisierung im Sinne demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen zu erwarten sind, wie dies manche Theoretiker in einer wohl allzu eurozentristischen Wahrnehmung prognostizieren<sup>67</sup>, erscheint mehr als fraglich. Es ist sicherlich richtig, daß die Erlangung nationaler Souveränität den baltischen Staaten die einmalige Chance demokratischer marktwirtschaftlicher Reformen bot. Die Einbindung in die westliche „Wertegemeinschaft“ erhöht zudem die Erfolgchancen der Transformation. Das Argument, daß Nationalismus als ein Hauptinstrument politischer Mobilisierung eine identitätsstiftende Alternative zum Marxismus während der schwierigen Übergangszeit in eine liberale und demokratische Gesellschaft zu bieten vermag<sup>68</sup>, erweist sich jedoch als trügerisch, wenn man bedenkt, daß sich in der früheren Sowjetunion praktisch jede politische Partei, von den Altkommunisten bis hin zu religiös geprägten und rechtsextremistischen Gruppierungen, dieses Mittels bedient. Daß der Nationalismus für die Entwicklung einer Zivilgesellschaft förderlich sei, ist insofern zweifelhaft, als das Individuum zuerst - und hierin liegt die Nähe zum Kommunismus - als Teil eines Kollektivs definiert wird. Bis zur Garantie des rechtsstaatlich gebotenen individuellen Gleichheitsgrundsatzes ist es angesichts der faktischen und rechtlichen Diskriminierungen von Minderheiten in zahlreichen ehemaligen Republiken, ob nun im europäischen oder asiatischen Raum, noch ein weiter Weg. Der Erhalt - und teilweise die Verstärkung - ethnokratischer Tendenzen im öffentlichen Leben verdeutlicht die Kontinuitäten sowjetischer Machtstrukturen, zu deren Erhalt der Nationalismus den regionalen Eliten ein willkommenes Mittel ist.

---

<sup>66</sup> So die Ansicht von Simon 1995.

<sup>67</sup> Brendan O’Leary vermutet eine Wahlverwandschaft von Nationalismus, Pluralismus und liberal-demokratischer Weltordnung; vgl. Zaslavsky 1991, 10; Schmitter 1994, 65 f.

<sup>68</sup> Zaslavsky 1991, 10.

## 6 Literaturverzeichnis

Anderson, Barbara A.; Silver, Brian D. (1990), Some Factors in the Linguistic and Ethnic Russification of Soviet Nationalities: Is Everyone Becoming a Russian?, in: Hajda, Lubomyr; Beissinger, Mark (Hg.), *The Nationalities Factor in Soviet Politics and Society*, Boulder, Oxford, 95-130.

Beissinger, Mark R. (1992), Elites and Ethnic Identities in Soviet and Post-Soviet Politics, in: Motyl, Alexander J. (Hg.), *The Post-Soviet Nations: Perspectives on the Demise of the USSR*, New York, 141-169.

Bremmer, Ian (1993), Reassessing Soviet Nationalities Theory, in: Bremmer, Ian; Taras, Ray (Hg.), *Nation and Politics in the Soviet Successor States*, Cambridge, 3-26.

Burg, Steven L. (1990), Nationality Elites and Political Change in the Soviet Union, in: Hajda, Lubomyr; Beissinger, Mark (Hg.), *The Nationalities Factor in Soviet Politics and Society*, Boulder et al., 24-42.

Connor, Walker (1992), Soviet Policies Toward the Non-Russian Peoples in Theoretic and Historic Perspective: What Gorbachev Inherited, in: Motyl, Alexander J. (Hg.), *The Post-Soviet Nations: Perspectives on the Demise of the USSR*, New York, Oxford, 30-49.

De Spiegeleire, Stephan (1995), Levels and Units of Analysis in Post-Soviet Studies, in: Segbers, Klaus; De Spiegeleire, Stephan (Hg.), *Post-Soviet Puzzles: Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union*, Bd. 1., Baden-Baden, 43-82.

Deutsch, Karl W. (1966), *Nationalism and Social Communication*, 2. Aufl., Cambridge, Mass.

Dragadze, Tamara (1993), Soviet Economics and Nationalism in the Gorbachev Years: Regionalism, Ethnicised Regionalism and Constitutional Regionalism, in: Buttino, Marco (Hg.), *In a Collapsing Empire: Underdevelopment, Ethnic Conflicts and Nationalisms in the Soviet Union*, Milano, 73-81.

Elwert, Georg (1989), *Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen*, Berlin.

Furtado, Charles F. Jr.; Hechter, Michael (1992), The Emergence of Nationalist Politics in the USSR: A Comparison of Estonia and the Ukraine, in: Motyl, Alexander J. (Hg.), *Thinking Theoretically About Soviet Nationalities: History and Comparison in the Study of the USSR*, New York, 169-204.

Geertz, Clifford (1973), *The Interpretation of Cultures*, New York.

Gellner, Ernest (1964), *Thought and Change*, London.

Ders. (1983), *Nations and Nationalism*, Oxford.

Gel'man, Vladimir (1995), On the Problem of Elites in the Former USSR: Criteria and Approaches, in: Segbers, Klaus; De Spiegeleire, Stephan (Hg.), *Post-Soviet Puzzles: Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union*, Bd. 3, Baden-Baden, 15-23.

Grotzky, Johannes (1991), *Konflikt im Vielvölkerstaat: Die Nationen der Sowjetunion im Aufbruch*, München.

Hall, John A. (1995), Nationalisms, Classified and Explained, in: Perival, Sukumar (Hg.), *Notions of Nationalism*, Budapest, London, New York, 8-33.

Hechter, Michael (1987), Nationalism as Group Solidarity, in: *Ethnic and Racial Studies*, 10.4, 415-426.

Hildermeier, Manfred (1994), Verhinderte Nationen: zu einigen Merkmalen und Besonderheiten nationaler Bewegungen in Rußland und der Sowjetunion, in: *Archiv für Sozialgeschichte*, 34, 1-18.

Hobsbawm, Eric; Ranger, Terence (Hg.) (1983), *The Invention of Tradition*, Cambridge.

Horowitz, Donald (1981), Patterns of Ethnic Separatism, in: *Comparative Studies in Society and History*, 23, 165-195.

Ders. (1989), Europe and America: a comparative analysis of 'ethnicity', in: *Revue européenne des migrations internationales*, 5.1, 47-61.

Kordonskii, Simon (1995), The Structure of Economic Space in Post-Perestroika Society and the Transformation of the Administrative Market, in: Segbers, Klaus; De Spiegeleire, Stephan (Hg.), *Post-Soviet Puzzles: Mapping the Political Economy of the Former Soviet Union*, Bd. 1, Baden-Baden, 157-204.

Motyl, Alexander J. (1993), Nach der Sintflut: Totalitarismus und Nationalismus im ehemaligen Sowjetreich, in: *Österreichische Osthefte*, 35.2, 228-241.

Olson, Mancur Jr. (1965), *The Logic of Collective Action: Public Goods and the Theory of Groups*, Cambridge, Ma.

Poutignat, Philippe, Streiff-Fenart, Jocelyne (1995), *Théories de l'ethnicité*, Paris.

Saizew, Sergej (1992), Separatismus in Rußland, in: *Berichte des BIOst*, 41.

Salmin, Aleksei M. (1993), Political Self-Determination of Nations and Nationalities in the USSR: from 1922 to Perestroika, in: Buttino, Marco (Hg.), *In a Collapsing Empire: Underdevelopment, Ethnic Conflicts and Nationalisms in the Soviet Union*, Milano, 43-52.

Schmitter, Philippe C. (1994), Dangers and Dilemmas of Democracy, in: *Journal of Democracy*, 5.2, 57-74.

Simon, Gerhard (1986), Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion: Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft, Baden-Baden.

Ders. (1995), Warum ging die Sowjetunion unter?, in: *Berichte des BIOst*, 52.

Strelezki, Wladimir N. (1995), Ethno-territoriale Konflikte auf dem Gebiet der früherern Sowjetunion, in: *Berichte des BIOst*, 37.

Zaslavsky, Victor (1991), *Das russische Imperium unter Gorbatschow: Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft*, Berlin.

**Gunnar Wälzholz**

**Nationalismus in der Sowjetunion**

**Entstehungsbedingungen und Bedeutung  
nationaler Eliten**

**8**/1997